

der Deutschen Demokratischen Republik Stellung zu nehmen und aufzuzeigen, wie die Arbeiter- und Bauernmacht — gestützt auf die Überlegenheit des Weltfriedenslagers — ihre Kräfte voll entfalten kann und sie einen wichtigen Faktor in der Verteidigung des Friedens und der Verhinderung der imperialistischen Kriegspläne darstellt. Die formale Stellung in den BeriditswahlVersammlungen zu den Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands auf demokratischer Grundlage ist zu überwinden. Die leitenden Organe der Partei müssen dafür sorgen, daß die Mitgliedschaft stärker orientiert wird auf die Perspektiven des Kampfes um die Einheit Deutschlands, wie sie durch das 16. Plenum des ZK dargelegt wurden.

Unsere Politik stellt die Frage des Friedens Vertrages und der gesamtdeutschen Verständigung „Deutsche an einen Tisch“ offensiv. Das Adenauer-Regime muß angesichts seiner Bindung an die imperialistischen Kriegsvorbereitungen ständig dieser offensiven Fragestellung unserer Politik, die die nationale Lebensfrage des deutschen Volkes umfaßt, ausweichen und versucht durch Provokationen, der gesamtdeutschen Verständigung und dem Friedensvertrag entgegenzuwirken.

Herausarbeiten ist, daß die Bonner und Pariser Kriegsverträge das Haupthindernis zur Herstellung der Einheit Deutschlands sind. Der Kampf gegen diese Verträge ist in ein entscheidendes Stadium getreten. In den Mitgliederversammlungen muß also unsere Forderung nach einem Friedensvertrag für und mit Deutschland allseitig behandelt werden. Die Rede des Genossen Molotow zur Note der Sowjetunion vom 3. November 1953 ist bei der Behandlung der internationalen und nationalen Lage ausführlich zu besprechen mit dem Ziel, die Parteimitgliedschaft allseitig mit der Lage vertraut zu machen, so auch mit der Frage, daß die Friedenspolitik der Sowjetunion im Kampf gegen die Militarisierung Westdeutschlands und die Kriegsverträge neue Schichten der Volksmassen und der nationalen Bourgeoisie in den verschiedensten Ländern in ihrem aktiven Widerstand fördert (Frankreich, Italien, England).

Die Maßnahme auf dem Gebiet der Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik (Erklärung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik an die Westmächte vom 8. November 1953) ist darzulegen als ein Ausdruck der wachsenden Autorität unserer Republik, die die nationalen Interessen ganz Deutschlands vertritt